

Gegenstand: Sachstand Lebenshilfe Speyer-Schifferstadt

Die Vorsitzende ruft den neuen TOP 1 auf und begrüßt Herrn Wissmann, Vorsitzender der Lebenshilfe SP-Schifferstadt. Der Geschäftsführer, Herr Thorn, kann krankheitsbedingt heute nicht anwesend sein.

Im Vorfeld gingen zu diesem TOP einige Fragen von der Fraktion der BGS ein, die die Vorsitzende in der Sitzung wie folgt beantwortete:

- 1) Gab es im Vorfeld zu der o.g. Sendung eine Information oder Warnungen bezüglich des unsachgemäßen Handelns in der Lebenshilfe?

Uns lagen bislang keine Informationen zu unsachgemäßem Handeln gegenüber Betroffenen (wie im Filmbeitrag dargestellt) vor.

- 2) In wie weit kann die Verwaltung der Stadt Speyer eine Form der Aufsicht oder Kontrolle über die Einhaltung der menschlichen Standards in der Pflege einhalten oder durchführen?

Das Landessozialamt ist die Fachaufsichtsbehörde für die Einrichtung. Nur sie hat Eingriffsmöglichkeiten. Wenn wir von unsachgemäßem Handeln gegenüber Bewohnern erfahren, ist unsere Aufgabe, dies zur Prüfung an das Landesamt zu melden und den Träger der Einrichtung darüber zu unterrichten.

- 3) Gibt es Gedanken / Planungen zur weiteren Vorgehensweise der Stadt um notwendige Veränderungen herbeizuführen und wenn ja, welche?

Unsere Fallmanagerinnen sind grundsätzlich sehr sensibel für Signale der Betroffenen und ihrer Angehörigen. Teilhabegespräche finden i.d.R. in den Einrichtungen statt, sodass die Kolleginnen auch einen Eindruck über das Umfeld erhalten und sich ein Bild vor Ort machen.

Im vorliegenden Fall sind wir mit dem Träger fortlaufend im Gespräch.

Veränderungen hat der Träger in Abstimmung mit der Fachaufsicht des Landes zu veranlassen. Dazu sind wir nicht befugt.

Herr Wissmann legt dem Ausschuss gegenüber ausführlich dar, was bisher an Informationen veröffentlicht wurde und welche Schritte seitens des Trägers eingeleitet wurden. Er verteilt eine schriftliche Zusammenstellung hierzu an die Ausschussmitglieder. Sie ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Lutz äußert seinen Respekt gegenüber der Lebenshilfe für den Umgang mit der Situation. Was passiert ist, sei nicht ok, umso mehr schätze er, dass Herr Wissmann heute im Ausschuss persönlich Stellung zu den Vorwürfen und Veröffentlichungen beziehe.

Frau Münch-Weinmann dankt Herrn Wissmann für die dargelegten Informationen und fragt nach, wie die Lebenshilfe zukünftig solche Geschehnisse verhindern möchte, ob es z.B. hinsichtlich des pädagogischen Konzeptes im weiteren Prozess Anpassungen geben wird.

Herr Wissmann bestätigt, dass der Verein nach abschließender Aufarbeitung des Geschehenen sicherlich Konsequenzen für die zukünftige Arbeit geben werde.

Herr Pade äußert, dass die Lebenshilfe auf dem richtigen Weg sei: eine solide Aufarbeitung, das Ziehen der richtigen Schlüsse und die Einleitung engsprechender weiterer Handlungsschritte.

Die Vorsitzende dankt Herrn Wissmann für die Informationen und bittet die Anwesenden, die Mitarbeitenden der Lebenshilfe nicht pauschal zu beurteilen. Es werde hier viel Gutes für die anvertrauten Menschen und ihre Angehörigen geleistet. Diese wertvolle und wichtige Arbeit sollten wir jetzt auch in dieser Situation im Blick behalten. Bei aller Kritik gegenüber dem Träger, stelle sich ihr auch die Frage, wie und warum ein kritischer Journalismus, der beschriebene Missstände bereits im Herbst feststellte, diese ein halbes Jahr hat tolerieren konnte und niemandem gegenüber bekannt machte.

**Gegenstand: Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Asylsuchende;
Prüfantrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
15.12.2016;
Referenz-Vorlage 2084/2016
Vorlage: 2120/2017**

Frau Münch-Weinmann begründet den von ihrer Fraktion im Stadtrat gestellten Antrag. Die Vorsitzende verweist auf die Vorlage und legt noch einmal die Gründe dar, warum seitens der Verwaltung vorgeschlagen werde, die Entscheidung über die Einführung einer Gesundheitskarte ins kommende Jahr zu vertagen.

Herr Lutz fragt nach, ob es derzeit Defizite in der Versorgung der betroffenen Menschen bzw. in der Abrechnung mit den behandelnden Ärzten gäbe, was beides seitens der Vorsitzenden deutlich verneint wird. Der Leistungsumfang der Versorgung ist mit der Karte der gleiche wie bisher mit dem Behandlungsschein. Bzgl. der Abwicklung habe sie mit mehreren Ärzt/innen gesprochen, die alle bestätigten, dass die Abrechnung mit der Stadt reibungslos laufe.

Herr Pade unterstützt den Vorschlag der Verwaltung. Wenn wir im nächsten Jahr auf Grundlage der Erfahrungen anderer Kommunen Abläufe für die Betroffenen verbessern können, dann sollten wir dies dann tun.

Herr Emes begrüßt ebenso den Vorschlag der Verwaltung. Im Kontext des KEF müssen Mehraufwendungen immer kritisch geprüft werden.

Frau Schuff möchte wissen, wie viele Personen derzeit in Speyer ohne Krankenversicherungsschutz leben. Herr Spieß beantwortet diese Frage: Es sind ca. 40 Personen.

Der Sozialausschuss beschließt einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Ablauf des Jahres 2017 bei den Städten Trier und Mainz Erfahrungswerte (fachlich, personell, finanziell, organisatorisch) zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte einzuholen und im Jahr 2018 den Sozialausschuss darüber informieren.

Auf dieser Grundlage ist eine Entscheidung bzgl. der Frage der Einführung einer solchen Karte zu treffen.

6. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Speyer am 01.03.2017

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

Gegenstand: Statistik Asyl - Entwicklung 03/2016 bis 03/2017

Die Verwaltung informiert den Ausschuss über die aktuellen Zahlen zu den Asylsuchenden/ anerkannten Asylsuchenden in Speyer.

Die zugehörige Folie ist der Niederschrift beigelegt.

Die Vorsitzende betont, dass in dem Umfang, in dem die Anerkennungen erfolgten, die eigentliche Integrationsarbeit erst beginne. Die sozialpädagogischen Fachkräfte sowie die ehrenamtlich in diesem Feld Tätigen haben sehr viel zu leisten.

Frau Münch-Weinmann möchte wissen, ob es eine zentrale Anlaufstelle für die Ehrenamtlichen gäbe. Die Vorsitzende bestätigt dies: unsere Mitarbeiterin Frau Brommer ist Ansprechpartnerin für alle Fragen im Zusammenhang mit ehrenamtlicher Tätigkeit. Frau Münch-Weinmann fragt nach einer möglichen Prognose bei der weiteren Entwicklung im Bereich Asyl.

Herr Spieß legt dar, dass zzt. keine Stelle, egal ob Bund, Länder oder Kommunen, Prognosen darüber wagen. Es hängt vielmehr von der gesamtpolitischen Lage, insbesondere von der Frage, wie stabil die Vereinbarung mit der Türkei bleibe, ab.

6. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Speyer am 01.03.2017

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

Gegenstand: Pflegestärkungsgesetz - wesentliche Änderungen

Frau Völcker erläutert dem Ausschuss die wesentlichen Änderungen der seit dem 01.01.2017 geltenden neuen gesetzlichen Regelungen in der Pflege. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Herr Lutz ergänzt, dass die ambulante Pflege nun besser ausgestaltet sei als vorher.

6. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Speyer am 01.03.2017

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

Gegenstand: Bundesteilhabegesetz - wesentliche Änderungen

Frau Völcker erläutert dem Ausschuss die wesentlichen Änderungen der ab dem 01.01.2017 in mehreren Schritten in den kommenden Jahren umzusetzenden neuen gesetzlichen Regelungen in der Eingliederungshilfe. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt. Die Übersicht „Bundesteilhabegesetz und Co. – wann tritt was in Kraft?“ der Lebenshilfe wird an die Ausschussmitglieder verteilt.

Frau Völcker legt dar, dass sich die KollegInnen in der Verwaltung derzeit step by step die komplexen Neuerungen inhaltlich erarbeiten, was eine große Herausforderung darstellt. Für Mai/ Juni 2017 sind zu beiden gesetzl. Grundlagen Inhouse-Schulungen geplant.

6. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Speyer am 01.03.2017

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

Gegenstand: Verschiedenes

Frau Krampitz stellt den Ausschussmitgliedern den „Tätigkeitsbericht des Seniorenbüros 2016“ zur Verfügung.

Frau Stoll informiert zu den „Tagen der seelischen Gesundheit“ am 17. und 18. Oktober in Speyer. Zzt. werden die Tage abschließend geplant und die einzelnen Veranstaltungen dann im Programmheft der Volkshochschule Speyer sowie über die Presse veröffentlicht. Die Tage werden erstmals in dieser Form in Speyer durchgeführt.

6. Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Speyer am 01.03.2017



6. Sitzung des Sozialausschusses 01.03.2017 **Monika Kabs**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriidruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!